

„Demokratievertrauen in Krisenzeiten“

Restaurant Leineschloss, 07.09.2023, 18 – 20 Uhr

Die Studie wurde am Abend des 7. September 2023 im Rahmen der Veranstaltung „Demokratievertrauen in Krisenzeiten“ des Landesbüros Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) vorgestellt. Die Veranstaltung zeigte den Teilnehmenden auf, dass die Zufriedenheit mit der Demokratie und gerechte Politikergebnisse miteinander zusammenhängen und dass demnach eine gute Demokratiepoltik durch eine gerechte Verteilungspolitik bedingt wird. Schlussfolgernd ist das Bewusstsein für die Relevanz von gleicher Teilhabe geschärft worden. Darüber hinaus wurde sich über eine angemessene Reaktion auf die Zunahme von Verschwörungserzählungen und von rechtsextremen Tendenzen ausgetauscht.

Um 18 Uhr eröffnete Linda Matzke die Veranstaltung mit einer Begrüßung und erläuterte knapp die Hauptaussage der Studie. Die Studie zeigt dabei zuerst ein positives Ergebnis: Die Zufriedenheit ist im Vergleich zur Vorgängerstudie von 2019 leicht gestiegen ist – trotz vielfältiger Krisen. Gleichwohl liegt noch immer ein niedriger Zufriedenheitswert vor. Mehr als 50 % sind unzufrieden. So bestehen große Unterschiede beim Demokratievertrauen je nach sozioökonomischer Situation, Alter, Region und Bildungsbiographie. Demnach sind zum Beispiel ökonomisch schlechter gestellte Gruppen bedeutend unzufriedener mit der Demokratie und anfälliger für extremistische Tendenzen. Ebenso wird der Glaube an Verschwörungserzählungen mitunter durch eine niedrige formale Bildung und soziale Entbehrung bedingt. Verschwörungserzählungen ermöglichen die Bewältigung von Krisen, indem sie vermeintliche Verursacher benennen und vereinfachende Antworten auf komplexe Problemlagen bieten. Zudem glauben benachteiligten Gruppen mehr an Verschwörungserzählungen, da sie diesen Antworten auf die Krisen liefern. Danach stellte sie kurz die Podiumsteilnehmenden des Abends vor: Prof. Dr. Frank Decker, Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn, Grant Hendrik Tonne, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen, Kristin Harney, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus für Demokratie Niedersachsen, und die Moderatorin Cosima Schmitt, ZEIT-Journalistin.

Im Anschluss präsentierte Prof. Dr. Decker die Studie. Nach der Vorstellung der Studienergebnisse ging er auf die Folgerungen ein, die sich aus der Auswertung ergeben. Die Studie verdeutlichte, dass die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie trotz Krisen stabil ist, aber die Zufriedenheitswerte weiterhin nur bei knapp unter 50 Prozent liegen. Dabei sind u.a. die benachteiligten Gruppen unzufrieden, worauf bereits Linda Matzke verwies. Dies zeige sich auch in der Wahlbeteiligung, die beispielsweise in der Stadt Köln je nach sozioökonomischem Stand von 38 Prozent bis 90 Prozent variere. Daraus ergibt sich eine immer weiter auseinandergehende soziale Schere. Darüber hinaus



bestehen auch Unterschiede in regionaler Hinsicht. So ist das Vertrauen in Ostdeutschland geringer als in Westdeutschland sowie in Süddeutschland geringer als in Norddeutschland. Mit Blick auf Zukunftssorgen zeigt die Studie, dass der Klimawandel und ein zunehmend feindseliges gesellschaftliches Klima die größten Sorgen der Menschen sind, gefolgt von Krieg und einem Verlust sozialer Sicherheit. Im Osten Deutschlands sorgen sich die Menschen stärker um die ökonomischen Entwicklungen und eine mögliche Kriegsgefahr. In Bezug auf das Thema „Zukunftssorgen“ polarisiert kein Thema so stark wie „Migration“.

Auf den Impuls von Prof. Dr. Decker folgte ein Kommentar von Grant Hendrik Tonne, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion. Dabei ging er zuerst auf die Wahlergebnisse der Landtagswahl im Jahr 2022 ein und verwies auf das Ausmaß an Hass, verbaler Gewalt und Sachbeschädigung innerhalb des Wahlkampfes, dem Politiker_innen mehr als in der Vergangenheit ausgesetzt waren. Zudem merkte er an, dass die ständige Aneinanderreihung von Extremsituation in den letzten Jahren und dem sich daraus ergebenden permanenten Krisendruck der Demokratie in Deutschland nicht guttue. Überdies betonte er die Wichtigkeit von Debatten und die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Er wünsche sich einen Rückgang des individuellen Egoismus und eine Wertschätzung von Diskussionen. Diskussionen sollten zugelassen werden, da diese den Weg darstellen, um Lösungen zu finden. Innerhalb einer Debatte dürfe aber eine gewisse Schwelle nicht überschritten und gewisse Grundwerte dürfen nicht in Frage gestellt werden. Darüber hinaus sollten sich Debatten wieder um Schwerpunkte drehen und in Zeiten von Krisen müsse Ruhe und Sachlichkeit bei Debatten eingehalten werden.

Im Anschluss an die Impulse begann die Diskussion auf dem Podium. Zunächst stellte die Moderatorin Cosima Schmitt die weitere Podiumsteilnehmerin Kristin Harney vor, die in der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus für Demokratie Niedersachsen tätig ist. Die Mobile Beratung begleitet Akteur_innen vor Ort und sucht Lösungen für die dortigen rechtsextremen Tendenzen beziehungsweise Gefahren. Harney kritisierte zuerst die zu geringe Aufmerksamkeit von Seiten der

Politik auf Rassismus und Queerfeindlichkeit. Außerdem sollte jungen Menschen mehr Gehör verschafft werden, indem die Politik vermehrt ihre Rückmeldungen einholt.

Danach leitet die Moderatorin in die Diskussion über. Sie fragt die Referent_innen, was ihrer Meinung nach für ein größeres Demokratievertrauen getan werden sollte. Die Podiumsteilnehmenden hatten darauf mehrere Antworten. Es dürfen keine finanziellen Zuwendungen bei der politischen Bildung oder bei sozialen Diensten gekürzt werden und es dürfe nicht von Konflikten abgelenkt werden. Bei Debatten solle man ehrlich sein und keine leeren Versprechen geben.

Im weiteren Verlauf hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit, Fragen an die Referent_innen zu richten. Dabei ging es besonders um Bürgerräte, den Umgang mit dem Erstarken der AfD und um die Nichteinhaltung von zentralen Wahlversprechen. Beim Thema „Bürgerräte“ meinte Professor Decker, dass die

Selbstwirksamkeit der Bevölkerung wichtig sei. Demnach müsse durch die Bürgerräte ein Mehrwert entstehen und die Bürgerräte müssen einen Unterschied machen. Dies hänge nach Decker vom Thema ab. Nach Tonne sollten Bürgerräte ausprobiert werden, aber diese nicht mit einem „gegen“ versehen sein, sondern mit einem „wenn nicht so...wie dann?“.

In der Diskussion mit dem Publikum stellte ein_e Teilnehmer_in die Frage, warum man dem Erstarken der AfD nicht mit dem Entkräften ihrer Argumente durch Fakten begegne. Nach Decker erlange die AfD ihre Aufmerksamkeit durch die sozialen Medien. Dabei gehe es ihnen nicht darum, was über sie berichtet wird, sondern dass sie provozieren und ihnen eine Bühne eröffnet wird. Dementsprechend entkräftigt man die AfD, indem man sich die Mechanismen anschau. Dem stimmte auch Tonne zu. Nach Harney entgegne man der AfD mit dem konkreten Benennen des Problems sowie mit einer klaren Position beziehungsweise Haltung. Dabei solle es weniger um eine Selbstdarstellung gehen.

Danach fragte ein_e weitere Teilnehmer_in die Diskutanten, weshalb Wahlversprechen nicht umgesetzt würden. Die Podiumsteilnehmenden diskutierten, dass Koalitionsverhandlungen Aushandlungsprozesse sind, in denen nur ein Teil der Wahlversprechen Eingang in die Koalitionsverträge findet. Dr. Decker verwies darauf, dass die Koalitionsverträge gut abgearbeitet werden, die Koalitionsverträge sich jedoch nicht an die Wirklichkeit halten. Demnach müsse man die Koalitionsverträge je nach politischer Agenda ändern. Zudem könne die Politik nicht kommunizieren, dass es in sozio-ökologischer Sicht Gewinner und Verlierer gibt.



Bevor das Ende der Veranstaltung eingeleitet wurde, gaben die Referent_innen Tipps für die Einzelne/ den Einzelnen an die Hand. Nach Professor Decker solle man auch an seine Pflichten denken sowie seine Rechte abwägen. Darüber hinaus wünsche er sich mehr republikanischen Geist. Harney rät, sich nicht entmutigen zu lassen und bestmöglich menschenfeindlichen Aussagen zu widersprechen. Außerdem sei es wichtig, füreinander einzustehen und eine Haltung zu haben. Tonne plädierte dafür sich einzubringen.

Insgesamt war die Veranstaltung ein großer Erfolg. So wurden auch weit nach Ende der Veranstaltung persönliche Gespräche in kleineren Gruppen geführt. Das Landesbüro Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung und alle Beteiligten können insgesamt auf eine gelungene Veranstaltung zurückblicken.